

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 12 11. Juni 1997

→ **Siegreicher Bürgermeister**

Seite 2

Die extreme Rechte konnte bei den jüngsten Nationalratswahlen in Frankreich zwar lediglich einen Parlamentssitz für sich verbuchen, holte im ersten Wahlgang jedoch einen Stimmenanteil von über 15 Prozent. Das Scheitern des FN-Generalsekretärs Mégret läßt neue Personalspekulationen vermuten.

→ **Unbotmäßiger Rechtsvertreter** Seite 5

Ein in rechtsextremistischen Kreisen gerngesehener Anwalt hat vermutlich ein Ehrverletzungsdelikt begangen. Nun drohen dem Strafverteidiger selbst Schwierigkeiten mit der Justiz.

→ **Ein „zweites Fulda“?** Seite 6

Durch Katz-und-Maus-Spiel mit den Behörden ist es Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein gelungen, trotz Verbots eine Demonstration durchzuführen. Dazu war bereits im Vorfeld bundesweit mobilisiert worden.

→ **„Denkfabrik“ im Schlingerkurs** Seite 8

Das rechtslastige „Studienzentrum Weikersheim“ ist politisch ins Zwielficht geraten. Der neugewählte Präsident hat einen Kurswechsel hin zu „liberal-konservativ“ angekündigt.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Parlamentswahlen in Frankreich:

Erfolg für Bürgermeister

Die extreme Rechte erzielte bei den Parlamentswahlen in Frankreich trotz eines Stimmenergebnisses von über 15 Prozent im ersten Wahlgang lediglich einen Sitz in der Nationalversammlung. Wider aller Erwartungen hat sich FN-Generalsekretär Bruno Mégret, der als potentieller Nachfolger von Parteichef Le Pen gehandelt wird, bei der Stichwahl nicht durchgesetzt. Insgesamt bleibt festzustellen, daß sich der Front National über seine bisherigen Hochburgen hinaus auch landesweit stärker verankern konnte.

Zu einer „Berezina für Chirac“ hätten sich die durch Jacques Chirac provozierten Neuwahlen entwickelt, kommentierte der Sender TV 5 noch in der Wahlnacht. Ein sichtlich zufriedener Jean-Marie Le Pen verlangte den Rücktritt Chiracs. Dieser habe „doppelt oder nichts“ gespielt, dabei verloren und müsse die Konsequenzen ziehen. Die Besonderheiten des französischen Wahlsystems verursachten erdrutschartige Verschiebungen bei nur begrenzten prozentualen Veränderungen. Die Vier-Fünftel-Mehrheit des konservativ/rechtsliberalen Blocks wird durch eine stabile Mehrheit der Linksparteien abgelöst, wobei die nicht-kommunistische Linke knapp an der absoluten Mehrheit scheiterte.

Alles deutet darauf hin, daß der Front National bei diesem Ergebnis die Rolle des Züngleins an der Waage gespielt hat. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteichef Le Pen und dem Generaldelegierten Bruno Mégret im Vorfeld der zweiten Runde, ob dort gegebenenfalls Kandidaten der Linken unterstützt werden sollten, können als Ausdruck unterschiedlicher Optionen und strategischer Ansätze interpretiert, aber auch als geschicktes Spiel mit geteilten Rollen angesehen werden. Während es Le Pen vorwiegend um das Herausstreichen der Rolle des FN als systemoppositionelle und vom Regierungslager unabhängige Kraft ging, wobei er gleichzeitig auf den hohen Arbeiteranteil in der Wählerschaft seiner Partei und dessen politische Vergangenheit zielte, wußte der konkurrierende Juniorchef Mégret genau, daß er seinen Wahlkreis, zu dem auch die FN-beherrschten Städte Vitrolles und Marignane gehören, nur dann gewinnen können würde, wenn er zusätzliche Stimmen aus dem kon-

servativen Lager verbuchen könnte. In diesem Wahlkreis hat der Kandidat des konservativen RPR mit nur 13% der Stimmen die Segel streichen müssen.

Konsolidierung in den Schwerpunktzonen

So gab es keine eindeutige Wahlempfehlung für die Anhänger, sondern eine „schwarze Liste“ mit Kandidaten, die keinesfalls gewählt werden sollten. Kriterien waren die Stellung zur „préférence nationale“, zum Vorrang des Nationalen, und die Haltung zum Maastricht-Europa und der Einführung des Euro. Beides waren auch die Schwerpunkte des FN-Wahlkampfes, der mit mehr als 15% in der ersten Runde für die Partei das bisher beste Ergebnis erbracht hatte. Parteichef Le Pen selbst war erstmals nicht angetreten, da sich für ihn kein sicherer Wahlkreis gefunden hatte, und er nicht in die peinliche Lage geraten wollte, im Gegensatz zu einigen seiner Gefolgsleute dann nicht in der Nationalversammlung zu sitzen.

Hinter den nackten Zahlen verbergen sich drei gravierende Tendenzen: Erstens eine stärkere Verankerung des FN in der Gesamtfläche des Landes. Hatte die Partei bisher wesentlich von ihren Schwerpunktgebieten gelebt (Mittelmeerraum, Alsace und der ehemalige „rote Gürtel“ um Paris), so ermöglichten es die Resultate in diesem Jahr, in deutlich mehr als 100 Wahlkreisen (von 577 insgesamt), zum zweiten Wahlgang anzutreten. Dazu sind mindestens 12,5% der Stimmen aller Wahlberechtigten (also einschließlich Enthaltungen und ungültiger Zettel) notwendig. Dies bedeutet eine erheblich bessere regionale Verankerung. Zweitens erfolgte in den Schwerpunktzonen eine Konsolidierung und nochmalige leichte Steigerung. Drittens gelang es selbst unbekannten und relativ jungen FN-Kandidaten, angesehene Persönlichkeiten des Regierungslagers in die zweite Runde zu zwingen. Herausragendes Beispiel dafür ist Marseille, wo nach internen Querelen des FN auswärtige Kandidaten installiert wurden, die durchweg Resultate von über 20% erreichten. Da der FN die überwiegende Mehrzahl seiner Kandidaturen im Gegensatz zu früheren Gepflogenheiten nicht zurückzog, wurde vielfach ein Wahlkreisgewinn der Linken dort möglich, wo rechnerisch eine rechte Mehrheit vorhanden war. Neben der leicht höheren Wahlbeteiligung nutzte der Linken aber auch der Umstand, daß dort, wo der FN in der zweiten

Runde nicht mehr antreten konnte, ein Teil seiner Wähler zu ihrer früheren politischen Heimat auf der Linken zurückkehrte. Der FN ist in seiner sozialen Zusammensetzung zur Volkspartei geworden, wobei die Arbeiter überrepräsentiert sind. Gerade diese Schichten enthielten sich im entscheidenden Wahlgang entweder oder stimmten für die Sozialisten, wenn der FN nicht mehr zur Wahl stand.

Niederlage für den Kronprinzen

Jean-Marie Le Pen verlangte nach den ersten Hochrechnungen den Rücktritt von Jacques Chirac und erinnerte ihn an seine früheren Positionen. Als der damalige Präsident Mitterand nämlich zweimal zu einer „Cohabitation“ mit einer rechten Mehrheit gezwungen war, hatte Chirac jeweils dessen Rücktritt gefordert, um eine klare und eindeutige Politik zu ermöglichen. Le Pen erklärte: „Seine Niederlage ist zugleich die eines Systems, das in den letzten Zügen liegt, das korrumpiert und ohnmächtig ist, in dem die Linke und die Rechte sich die Verantwortung für Mißerfolge teilen.“ Zu Chiracs Kalkül hatte es auch gehört, durch die vorgezogenen Neuwahlen den Vormarsch des FN zu bremsen, da zu erwarten stand, daß dieser zum vorgesehenen Termin 1998 erheblich von der dann auf dem Höhepunkt befindlichen Debatte um die Einführung des Euro hätte profitieren können. Auch diese Hoffnung war trügerisch. Der FN hat seine Position als viertstärkste Partei des Landes sogar noch leicht ausbauen können, obwohl die Kommunisten mit knapp 10% im ersten Wahlgang und 39 Mandaten (1993: 24) ihren Niedergang stoppen konnten.

Der Blick nach Vitrolles gibt dem Parteichef des FN weiteren Grund zu klammheimlicher Freude. Im Vorfeld hatte es alle Beobachter für wahrscheinlich gehalten, daß höchstens dort ein Mandatsgewinn möglich sein würde. Nutznießer wäre Bruno Mégret gewesen, für den dies zusätzlichen Popularitätsgewinn und einen Positionsvorsprung beim Kampf um Le Pens Nachfolge bedeutet hätte. Mit mehr als 35% in der ersten Runde und einem nicht unerheblichen Reservoir an Stimmen der bürgerlichen Rechten konnte sich Mégret gute Chancen ausrechnen. Mit 45% gegen 55% für den Sozialisten Attilio fiel die Niederlage jedoch recht deutlich aus. Dies unterstreicht, daß das Kommunalwahlergebnis des FN in Vitrolles nicht nur Ausdruck der Stärke des FN war, sondern vor allem einer verfehlten Politik der Linken auf lokaler Ebene. Die Arbeit an der Glaubwürdigkeit, die Beendigung von Selbstherrlichkeit und Verfilzung wer-

den somit in den nächsten Jahren zu den Daueraufgaben der Linken gehören.

Durchsetzen konnte sich dagegen in Toulon der dortige FN-Bürgermeister Jean-Marie Le Chevallier, ein langjähriger persönlicher Freund von Le Pen. Konnte er sich bei den Kommunalwahlen knapp im Rahmen einer Dreier-Konkurrenz behaupten, so bedeutet sein jetziger Erfolg mit 53%, daß sich erstmals bei nationalen Wahl ein Kandidat der extremen Rechten mit absoluter Mehrheit das Mandat sichern konnte. Hatte die bisherige Regierung von der ursprünglichen Absicht Abstand genommen, in einigen Regionen zur Schaffung besserer Wahlgerechtigkeit ein Teilverhältnisrecht zu schaffen, da dies sichere ca. 40 Mandate für den FN bedeutet hätte, wird inzwischen klar, daß das Wahlrecht den weiteren Aufstieg des FN nicht wird bremsen können. Die Strategien der Konservativen - so hatte der gaullistische RPR eine eigene Kommission zur Bekämpfung des FN gebildet - sind weitgehend hilf- und folgenlos geblieben.

Stärke des FN sind Verfehlungen der Linken

Der neue FN-Parlamentarier Jean-Marie Le Chevallier, ehemaliger Generaldirektor der Industrie- und Handelskammer von Rennes und früherer Generalsekretär des französischen Roten Kreuzes, kommt aus dem konservativen Lager. Er ist langjähriger Funktionär des Front National. Parlamentarische Erfahrung konnte er seit 1984 im Europaparlament sammeln. Er gehört zur katholischen Fraktion seiner Partei, die im Jugoslawienkrieg die kroatische Seite intensiv unterstützte. So begleitete er gemeinsam mit anderen FN-Funktionären im Dezember 1991 einen „humanitären“ Hilfstransport nach Kroatien und traf sich mit der Parteiführung der nationalistischen HSP. Auch als Parteitheoretiker machte er auf sich aufmerksam. 1989 veröffentlichte er im Parteiverlag das Büchlein „Immigration en Europe: Attention danger“ (Einwanderung nach Europa: Achtung, Gefahr). Insgesamt verkörpert er jenen Typus des Politikers der extremen Rechten, an dem es ihren deutschen Gesinnungsfreunden glücklicherweise mangelt: Gebildet, erfahren, erfolgreich im Berufsleben, verankert in gesellschaftlichen Organisationen, fähig zur Mimikry etc. Die Gefahr durch die extreme Rechte wird damit allerdings eher noch zunehmen.

Jean Cremet

Stadt in den Schlagzeilen

Rechte nutzen Publicity

Eine Stadt wird ihr Stigma nicht los: Lübeck. Nach Brandanschlägen auf die Synagoge (25. 3. 94 und 7. 5. 95 – letzterer ist noch nicht aufgeklärt) wurde jetzt eine katholische Kirche dem Erdboden gleich gemacht. Im benachbarten Schuppen wurde am 25. Mai kurz nach Mitternacht der Brand so entfacht, daß er auf das Gotteshaus übergreifen mußte. Frisch getünchte Hakenkreuze könnten die Spur zu dem/den Täter(n) weisen. Dazu hinterließ man an den Mauern der abgebrannten St. Vicelin-Kirche den Namen des Pastors (Günter) Harig, der allerdings die protestantische Glaubensrichtung vertritt und seine Gemeinde in einem anderen Stadtteil hat. Harig hat auf Beschluß des Kirchenvorstandes einer algerischen Flüchtlingsfamilie Kirchenasyl gewährt.

Konkrete Spuren hatte die Polizei bei Redaktionsschluß noch nicht. Die Welt blickt jedenfalls auf die Hansestadt, und gerade diese wollen sich die Neonazis zunutze machen. Das fing schon damit an, daß noch während der Löscharbeiten an dem zerstörten Bauwerk eine Clique rechtsgerichteter Jugendlicher die Reichskriegsflagge provokativ zeigte. Reagiert hat auch der Hamburger Thomas Wulff, genannt „Steiner“. Er bekleidete bis zur Verbotserfügung den Vorsitz bei der neonazistischen „Nationalen Liste“. Flugblätter von ihm wurden in Lübeck verteilt mit der Schlagzeile „Schluß mit der Kriminalisierung der Nationalen Opposition!“ Darin wird offen spekuliert, daß eine linke Gruppe die Kirche angezündet haben könnte, um Mitleid für die algerische Familie im Kirchenasyl zu bewirken. Wulff gibt sich dabei als Sprachrohr des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ aus, dem die NPD-Jugendorganisation JN, der „Bund für Gesamtdeutschland“ (BGD), die Initiative gegen Drogenfreigabe und freie Nationalisten angehören.

Wenige Tage nach dem Großfeuer meldete Jürgen Gerg (Lübeck) eine JN-Kundgebung für den 31. Mai in der Marzipanstadt unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ an. Für den gleichen Tag hat auch Ulrich Schwetasch eine Demonstration in Lübeck angemeldet. Er gab sich als Vertreter vom „Bündnis Rechts für Lübeck“ zu erkennen. Sein Protestthema: „Kirchenasyl – Wider Gesetz und Recht“. Schwetasch ist seit Anfang der

80er Jahre aktiver Nationalsozialist. Er baute im Kreis Segeberg NPD/JN-Strukturen auf, war für die NPD in Hamburg aktiv. Er fungierte als Ordner beim Rudolf Heß-Marsch in Wunsiedel, engagierte sich bei der DVU im Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein, um sich dann mit dem Parteichef Gerhard Frey anzulegen. Der Ex-Fremdenlegionär biedernte sich daraufhin „versuchsweise“ bei den Linken in Lübeck an, um jetzt wieder ganz offensiv im Neonazistrom mitzuschwimmen, was auch seine Teilnahme bei den Auseinandersetzungen zum 1. Mai in Hannoversch-Münden mit der Polizei verdeutlicht (siehe BNR 10/97).

Bischof unter Beschuß

Ebenso wollten die „Republikaner“ am 31. Mai in Lübeck-Moisling eine Saalveranstaltung gegen den „Eurowahn“ durchziehen. Dies wurde ihnen wegen möglicherweise ausgehender Ruhestörungen mit dem Verweis auf das Gaststättengesetz verboten. Als Gastredner war der ehemalige baden-württembergische Landtagsabgeordnete Dr. Eckert vorgesehen, dem aber nach dem Verbot abgesagt wurde. Der neue REP-Kreisvorsitzende Torsten Mey ließ jedoch wissen, daß die Veranstaltung in kleinerer Form in einer anderen Lübecker Lokalität stattgefunden hat. Eckert soll nun später noch einmal eine Einladung nach Lübeck bekommen.

Dem Brandanschlag auf die Vicelin-Kirche waren zwei Aktionen von Rechtsextremisten vorausgegangen. Sie richteten sich gegen Lübecks Bischof Karl-Ludwig Kohlwege, der sich für ein Bleiberecht der vom Brandanschlag betroffenen Asylbewerber der Hafenstraße (Januar 1996) ausgesprochen hatte. Sein Privathaus wurde am 16. Januar mit Hakenkreuzen beschmiert. Auch anonyme telefonische Drohungen gingen ein. Rund sechs Wochen später war Kohlwege erneut Zielscheibe eines Anschlags: Neben abermaligen Schmiereien brannte sein Gartenhaus nieder: Brandstiftung!

Gegen „Biedermänner und Brandstifter“ demonstrierte am 31. Mai das „Lübecker Bündnis gegen Rassismus“ mit 800 Menschen. An der Spitze marschierte Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD). Er zeigte sich einmal mehr tief getroffen von dem feigen Anschlag auf die Kirche. Wie emotional die neue Tat auch Bischof Kohlwege „unter die Haut“ ging, zeigt u. a. seine Forderung nach einem Verbot rechtsextremer Parteien. Für Hinweise auf den oder die Täter sind 100 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Horst Freires

Anwalt im Clinch mit der Justiz

Die Berufsehre verletzt

Der Mannheimer Rechtsanwalt Ludwig Bock tut sich seit 1992 vor allem als Strafverteidiger von Günter Deckert hervor. Insbesondere die revisionistischen Aktivitäten Deckerts, bis 1995 Bundesvorsitzender der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), trugen diesem rund zehn Strafverfahren in den vergangenen Jahren ein. Zuletzt verteidigte Bock Deckert im April vor dem Mannheimer Landgericht. In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten gehörten zahlreiche rechtsextremistische Personen und Organisationen zu den Klienten des Mannheimer Strafverteidigers. Nun drohen ihm selbst Schwierigkeiten mit der Justiz.

Ludwig Bock, geboren am 13. Januar 1942, studierte Jura in Freiburg. Während seines Studiums wurde er beim 1967 gegründeten „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB) aktiv. Bock gehörte bereits im Gründungsjahr dem NHB-Bundesvorstand an. 1971 fungierte Bock als Tagungspräsident der NHB-Bundesversammlung in Weinheim, dem Wohnort Deckerts. Im folgenden Jahr leitete der Jurist auch das Tagungspräsidium beim Bundeskongreß der „Jungen Nationaldemokraten“. Wenige Monate später kandidierte Bock im Wahlkreis 190 (Freiburg) für die NPD zur vorgezogenen Bundestagswahl 1972. Er belegte den Listenplatz 9 auf der Landesliste Baden-Württemberg. Danach beendete der Jurist Bock seine NPD-Parteikarriere. In den Vordergrund seiner politischen Aktivitäten rückte das im Juli 1973 im pfälzischen Morbach (Kreis Kaiserslautern) gegründete „Nationaleuropäische Jugendwerk“ (NEJ). Rechtsanwalt Bock war mit den juristischen Formalitäten der Vereinsgründung betraut. Zehn Jahre später wurde Bock erstmalig in den Vorstand gewählt und bekleidet seitdem das Amt des 1. Vorsitzenden. Dem NEJ-Vorstand gehörten neben Bock weitere vormalige Mitglieder von NPD und JN bzw. später der REP an. Der erste Geschäftsführer des Gründungsvorstandes Helmut Blauth war NPD-Mitglied und gehörte 1990 dem REP-Landesvorstand Rheinland-Pfalz als Beisitzer an. Der letzte Geschäftsführer Harald Thomas war Anfang der 70er Jahre JN-Kreisvorsitzender von Ludwigshafen und wurde später beim revanchistischen „Witikobund“ aktiv.

Das NEJ unterhielt von Beginn an im Ortsteil Mor-

bach der Gemeinde Niederkirchen (Landkreis Kaiserslautern) entsprechend seinem Anspruch als „Institut für politische Bildung“ eine Vereins- und Tagungsstätte. Zu den Veranstaltungen („wir wollen bildungspolitisch tätig sein“) in Morbach kamen Referenten wie das ehemalige SED-Mitglied und heutiger Stasi-Beauftragte in Sachsen, Siegmund Faust, der Nationalrevolutionär Wolfgang Strauß, der Revisionist Dr. Alfred Schickel, der Südtirol-Terrorist Peter Kienesberger, Dr. Olaf Dillmann, ehemaliger Aktivist des rechten „Ringes Freieilicher Studenten“ und Vorsitzender des „Hilfskomitees Südliches Afrika“, das „Republikaner“-Gründungsmitglied Ekkehard Voigt und der ehemalige NPD-Vize Dr. Felix Buck. Das vereinseigene Haus in Morbach wird bis heute genutzt. Bock selbst ist innerhalb der rechtsextremistischen „Gesellschaft für Freie Publizistik“ als Vorsitzender des Schiedsgerichts aktiv.

Das „Nationaleuropäische Jugendwerk“ veröffentlichte von 1987 bis Anfang der 90er Jahre die Quartalsschrift „Europa“, mit den Untertiteln „Nationaleuropäisches Forum“ bzw. „Berichte zur Zeitenwende“, später als „Zeitenwende“. Als Redakteur fungierte der zeitweilige NEJ-Geschäftsführer Harald Thomas. Seine Ehefrau Anneliese, geborene Metz, führt den „Gesamtdeutschen Verlag Anneliese Thomas“, bei dem auch das NEJ-Periodikum gedruckt wurde. Unter den Autoren von „Europa“ und „Zeitenwende“ waren sowohl Konservative als auch Angehörige der rechtsextremen Szene, beispielsweise Hans-Ulrich Kopp („Witikobund“), der heutige REP-Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer oder der ehemalige NHB-Aktivist Rechtsanwalt Dr. Dr. Thor von Waldstein, ebenso wie auch der SFB-Referent Ansgar Graw.

Zum Mandantenstamm des Rechtsanwaltes Bock gehörten zahlreiche Mitglieder und Funktionäre rechtsextremistischer Parteien wie NPD, DVU und REP sowie neonazistischer Organisationen. Er verteidigte auch im Prozeß 1993 gegen die braune Musiktruppe „Tonstörung“ und 1995 im „Einblick“-Prozeß. Bock vertrat ebenfalls zeitweilig die ehemalige KZ-Aufseherin Hildegart Lächert im Majdanek-Prozeß (1975-1981) am Düsseldorfer Landgericht. Dabei tat sich Bock bis zur vorzeitigen Niederlegung seines Mandates 1979 unrühmlich hervor. Als einzige der neun Angeklagten wurde die ehemalige SS-Aufseherin Hermine Ryan (77), geborene Braunsteiner, zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Auf die des 1196-fachen Mordes angeklagte ehemalige KZ-Aufseherin Lächert

entfiel eine Haftstrafe von zwölf Jahren. Vergangenes Jahr im April wurde Ryan vorzeitig aus der Haft entlassen. Im Konzentrationslager Majdanek waren mindestens 250 000 Menschen vergast, erschossen, verbrannt, ertränkt, totgeschlagen oder totgetreten worden.

Bock stellt, anders als sein Dauermandant Deckert, die Existenz von Gaskammern zur Durchführung des Massenmordes nicht explizit in Abrede. Gegen anderslautende Behauptungen strengt der Jurist eine Gegendarstellung an. Derzeit wird auf Initiative der Staatsanwaltschaft Mannheim geprüft, ob ein Strafantrag verschiedener staatlicher Institutionen gegen Bock erfolgen soll. Das Bundeskanzleramt,

das Bundesverfassungsgericht, die Bundestagspräsidentin und der Bundespräsident sollen gemeinsam entscheiden, ob Anzeige wegen übler Nachrede durch Rechtsanwalt Bock gestellt werden wird. Rechtsanwalt Bock hatte im Rahmen des letzten Deckert-Prozesses im April dieses Jahres (vgl. BNR 9/97) einen schriftlichen Beweisantrag gestellt, der nach Einschätzung von Juristen ein Ehrverletzungsdelikt darstellt. Die zuständige Anwaltskammer Karlsruhe soll aus dem selben Anlaß prüfen, ob sie ein Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Bock einleiten wird. So droht dem Strafverteidiger eine neue Rolle vor Gericht, die des Angeklagten.

Eva Bernhard

Plön hat verboten –
Bad Segeberg erlaubt

Ein „zweites Fulda“

In Bad Segeberg fand kürzlich die in Schleswig-Holstein seit Jahren größte Neonazizusammenrottung statt. Knapp 250 fast durchwegs schwarz gekleidete Rechtsextremisten marschierten in Polizeibegleitung durch die Innenstadt und hielten eine Kundgebung ab. Mobilisiert wurde bundesweit über das Nationale Infotelefon Mitteldeutschland in Gotha. Dem Aufruf folgten Aktivisten aus Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Thüringen, Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein. An der Spitze fungierte dabei der „Freiheitliche Volksblock“ (FVB) – siehe BNR 11/97 –, der uniformiert auftrat. Für ihn trat Konrad Petraschek als Redner auf. Ferner griffen auch Thomas Wulff („Steiner“) aus Hamburg und Ingo Stawitz (NPD/Uetersen) zum Megaphon. Die beiden letzteren waren damit bei allen größeren Neonaziauftritten in Schleswig-Holstein seit neun Monaten gemeinsam in „vorderster Front“ aktiv.

Angemeldet wurde die Demonstration für 40 bis 50 Personen unter dem Motto „Gegen die Einführung des Euro – gegen EG-Mißwirtschaft und Arbeitslosigkeit“. Die Kreisordnungsbehörde genehmigte den Aufzug. Parallel meldete Sven Lörchner aus Eutin in Plön eine Kundgebung für die „Fissauer Kameradschaft“ an. Sein Anliegen wurde aber vom Plöner Kreisordnungsamt, nicht zuletzt, da Lörchner vor Ort als Rechtsextremist einschlägig bekannt ist, verboten.

Unmittelbar danach wiederholte ein Vertreter des FVB die Anmeldung, scheiterte aber ebenfalls. Selbst der Gang vor das Verwaltungsgericht in Schleswig nutzt dem FVB nichts: Die Veranstaltung blieb verboten. Mobilisiert wurde trotzdem: Passenderweise nach Bad Segeberg. Tobias Thiessen aus Henstedt-Ulzburg („Patriotische Jugend“), verantwortlich für die jüngste Ausgabe des „Hamburger Sturm“, bejahte auf Anfrage in Segeberg, daß die Parallelaktion selbstverständlich gemeinsam abgestimmt wurde und so geplant gewesen sei.

Dies sahen auch einige wenige Polizeibeamte in der Karl-May-Festspielstadt so und plädierten gegenüber ihren Vorgesetzten und dem Einsatzleiter der örtlichen Polizeiinspektion, den Aufmarsch aufzulösen, da unter anderem gegen das im Versammlungsgesetz aufgeführte Uniformierungsverbot (Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung mit dem Tragen von Uniformen oder gleichartigen Kleidungsstücken) verstoßen wurde. Diese kritischen Polizeistimmen konnten sich aber nicht durchsetzen. Einer dieser couragierten Beamten trat dann sogar vor die TV-Kamera und trug seinen Gewissenskonflikt in die Öffentlichkeit. Damit tauchte der Vorwurf auf, daß die Segeberger Polizei ein „zweites Fulda“ zugelassen habe (Aufmarsch zum Andenken von Rudolf Heß 1996). Mit dieser Bewertung mußte sich dann auch der Innen- und Rechtsausschuß des Landtages in Kiel beschäftigen. Innenminister Ekkehard Wienholtz (SPD) stellte sich nach dem erfolgten Einsatz in einer ersten Reaktion hinter die Polizeiführung. Nach Beendigung der Neonazi-Versammlung traf man sich übrigens noch zu einem Liederabend mit dem Grevesmühlener Daniel Eggers in einer nahegelegenen Lokalität. (Eggers/siehe Tagebuch BNR 11/97).

Horst Freires

Deutsche Versicherungen und NS-Opfer:

„Keine Spiegelfechterei“

Den Versprechen großer Schweizer Banken, nun endlich nach dem Gold und den Vermögen ermordeter Juden zu forschen, sind noch immer keine Taten gefolgt. Angeblich haben jüdische Organisationen in den USA noch nicht ihren Vertreter für das Kontrollgremium benannt, das die Untersuchungen koordinieren soll. Es bewegt sich also fast nichts. Dabei hat eine große New Yorker Anwaltskanzlei bereits die nächste Forderung angemeldet, bei der es sich um Milliardenbeträge handeln könnte. Diese „class action“ betrifft Lebens- und andere Versicherungen ermordeter Juden und deren Verwandter. Die Kanzlei rechnet mit bis zu 10 000 Klägern gegen große deutsche und europäische Versicherungen. In der Bundesrepublik geht es bisher um die Allianz-Gruppe und die Bayerische Allgemeine Versicherungs-AG, in Österreich um die Gruppe „Der Anker“ und die Wiener Allianz-Versicherungs-AG, in Frankreich um die Assurances Generales de France und in Italien um die Riunione Adriatica di Sicurate. Weitere europäische Versicherungen müssen sich darauf gefaßt machen, ebenfalls in die Klage einbezogen zu werden. Allianz hat bei einer Bilanz-Pressekonferenz in Stuttgart angekündigt, ohne zeitraubende Formalitäten die Ansprüche zu überprüfen und zu begleichen. Da die möglicherweise Berechtigten über viele Staaten verstreut leben, will die Allianz in Kürze eine Hotline einrichten, über die rund um die Uhr Ansprüche geltend gemacht werden können.

Die Ankündigung hört sich gut an, doch bleiben viele Fragen offen. Deshalb hat „TRIBÜNE“ – Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“, Frankfurt, den Präsidenten des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft, Dr. Bernd Michaels, in Düsseldorf nach Einzelheiten befragt. Ob es sich um wirkliche, schnelle, unbürokratische Hilfe oder eher um Spiegelfechterei handle, wollte die Vierteljahres-Zeitschrift wissen. Michaels Antwort: „Ich bin absolut sicher, daß niemand in unserer Branche, niemand von den deutschen Versicherern daran denkt, dieses sensible Thema in irgendeiner Form von Spiegelfechterei anzugehen. „Wir werden uns alle bemühen, Antworten auf diese Fragen zu finden, die nun aufgeworfen wur-

den...“ Zur Ankündigung der Allianz, eine Hotline einzurichten und alles schnell zu überprüfen, sagte Michaels: „Wir haben dies zum Anlaß genommen, uns in verschiedenen Gremien der deutschen Versicherungswirtschaft zusammzusetzen, um zu überlegen, wie man generell mit diesem Thema umgehen sollte.“ Zwei Fragen seien besonders wichtig. „Das erste ist: wir müssen zunächst einmal prüfen, um welche Formen von Ansprüchen es sich überhaupt handelt. Dies ist außerordentlich kompliziert, weil es beispielsweise jüdische Bürger gegeben hat, die vor ihrer Emigration noch Zahlungen ihrer Versicherungen erhalten haben. Es gab aber auch jüdische Bürger, die keine Zahlungen mehr erhielten. Juden, die im KZ ermordet wurden und Versicherungspolice hatten, wurden enteignet, die Vermögenswerte durch das Deutsche Reich konfisziert. Versicherungsunternehmen wurden dann auch gezwungen, diese Polices dem Staat auszu zahlen. Das zweite ist: wenn es irgendwo noch berechnete Ansprüche gibt, dann ist der Begriff ‘unbürokratisches Vorgehen’ nur ein vorsichtiger Ausdruck. Wir würden dann versuchen, so rasch wie möglich und sicherlich so unbürokratisch wie möglich Ansprüche zu erfüllen.“

Besonders pervers behandelten die Nazis Vermögen und Versicherungen von in Vernichtungslager deportierten Juden. Nach einem Gesetz vom 26. November 1941 fiel das Vermögen von Juden, „die wegen ihres gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben“, ans Deutsche Reich. Es sollte „für alle mit der ‘Lösung der Judenfrage’ in Zusammenhang stehenden Zwecke verwendet werden.“ Da die Vernichtungslager sich im Ausland befanden, betrachteten die Nazis dies als ‘gewöhnlichen’ Auslandsaufenthalt. Ihre Vermögen wurden also streng nach Gesetz eingezogen. Dazu Michaels: „Es ist ein nicht nachvollziehbarer Zynismus der ‘Gesetzgeber’, der die Versicherungen auf dieser ‘Rechtsgrundlage’ handeln ließ.“

Zu den Milliardenbeträgen, um die es möglicherweise gehen könnte, sagte Michaels: „Zur Zeit sind es erst sieben oder acht namentliche Kläger. Man geht davon aus, daß sich diese Zahl auf etwa 10 000 erhöhen könnte. Erst dann wäre man bei einer solch hohen Summe angelangt – wenn überhaupt. Dazu kann ich mich aber nicht resümierend äußern; jede konkrete Stellungnahme wäre Spekulation.“

(Das vollständige Gespräch ist am 6. Juni in Heft 1942 der seit 36 Jahren existierenden Zeitschrift „TRIBÜNE“ erschienen.)

Heiner Lichtenstein

Machtwechsel an der Tauber:

„Denkfabrik“ im Schlingern

Das rechtslastige „Studienzentrum Weikersheim“ ist durch vielfältige Kontakte zu Rechtsextremisten ins Zwielficht geraten. Der neue Präsident von Stetten hat jetzt einen Kurswechsel hin zu „liberal-konservativ“ angekündigt.

Per Akklamation und ohne Gegenstimme wurde am 23. Mai, dem Vorabend des 19. Jahreskongresses des „Studienzentrums Weikersheim“ (SZW), Wolfgang Freiherr von Stetten, seit 1958 CDU-Mitglied und seit 1990 im Bundestag, zum neuen Präsidenten der rund 600 Mitglieder zählenden ultrarechten Denkfabrik gekürt.

Für den bisherigen Präsidenten des SZW, Hans Filbinger, wurde eigens das Amt eines Ehrenpräsidenten geschaffen. Ausgeschieden aus dem Präsidium ist der SZW-Mitbegründer Heinz Karst, Brigadegeneral a.D. und zeitweilig Vorstandsvorsitzender der „Deutschland-Stiftung“. Für ihn rückte der Privatbankier (Bankhaus Delbrück & Co., Köln) Peter von der Heydt nach. Neu im Präsidium ist auch der ehemalige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU), der in Abwesenheit gewählt wurde. Des weiteren gehören dem zehnköpfigen SZW-Präsidium neben von Stetten an: Stellvertreter Otto Esser (Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes), Schatzmeister Willi Dempf (Stuttgart), Lothar Bossle (Universität Würzburg), Klaus Hornung (em. Professor, Reutlingen), Bernhard von Diemer (Personalchef), Renate Heinisch (CDU-MdEP), Boxberg sowie Erwin Vetter (CDU-Sozialminister).

Als eine seiner ersten Amtshandlungen ließ sich der neue SZW-Präsident von Thorsten Thaler, Ex-Geschäftsführer der REP-Landtagsfraktion in Berlin, später Pressesprecher des Berliner Landesverbandes seiner Partei, für die rechtsextreme Wochenzeitung „Junge Freiheit“ interviewen. Angekündigt wurde von Stetten, daß die Geschäftsstelle des „Studienzentrums Weikersheim“ „vermutlich nicht“ in der baden-württembergischen Hauptstadt Stuttgart verbleibe, sondern ein Kompletzzug nach Berlin beabsichtigt sei. Somit bliebe auch das hohenlohische Weikersheim künftig von Kongressen und Tagungen des SZW verschont.

Wie man verschiedenen Presseberichten entneh-

men konnte, hat von Stetten einen politischen Kurswechsel des „Studienzentrums“ angekündigt, den er mit „liberal-konservativ“ umschreibt. Eine Hinwendung zu demokratischen Grundsätzen hätte das SZW auch bitter nötig. Unvergessen ist der bisherige Schlingerkurs zwischen Rechtskonservatismus, Rechtsradikalismus und verfassungsfeindlichem Rechtsextremismus, den das „Studienzentrum“ seit seiner Gründung im Jahre 1979 gefahren ist.

Gründungsinitiator des „Studienzentrums“ war Hans Filbinger, der 1978 als baden-württembergischer Ministerpräsident zurücktreten mußte, als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß er als NS-Marinerichter noch wenige Wochen vor Kriegsende an Todesurteilen gegen Wehrmachtsdeserteure beteiligt war. Ziel des SZW, das sich bei der Gründungskonzeption an neokonservativen Think-Tanks in den USA und neurechten Polit-Clubs in Frankreich orientierte, lag in der Durchbrechung der Ende der siebziger Jahre angeblich herrschenden Tabuisierung des Konservatismus. Als Ideologiezentrum am Rande der Union wollte man diese neu als „christlich-nationale-konservative“ Partei profilieren.

„Destabilisierung des Systems“

Erstmals medienspektakulär rückte das SZW 1989 ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, als Rolf Schlierer, Landespressesprecher der baden-württembergischen „Republikaner“, zuvor Pressesprecher der „Deutschen Burschenschaften“, in seiner Eigenschaft als kooptiertes Mitglied im SZW-Kuratorium geoutet und um das demokratische Mäntelchen zu wahren und die Gemeinnützigkeit nicht zu gefährden, rausgeworfen wurde. Weitere Skandale, darunter das Auftreten von europaweit bekannten rechtsextremen Referenten wie dem Briten Michael Walker folgten und mobilisierten die demokratische Öffentlichkeit gegen das SZW.

Nicht unerwähnt bleiben sollte auch die Tatsache, daß der Berliner Neonazi Ulli Boldt der vierköpfigen Führungsspitze der SZW-Jugendorganisation „Junges Weikersheim“ bis 1995 angehörte. Während seiner Tätigkeit für das „Junge Weikersheim“ amtierte Boldt als Vorsitzender der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.“, eines - so der Berliner Verfassungsschutz - Sammelbeckens für das gesamte rechtsextremistische Spektrum Berlins. Zuvor war er Kader der zwischenzeitlich verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF). Bis März 1996 betrieb Boldt das neonationalsoziali-

stische „Nationale Infotelefon Berlin“ (NIT). Im Sommer 1994 zeichnete der „Weikersheimer“ Boldt gar als Anmelder von Rudolf-Heß-Gedenkmärschen in Frankfurt/Oder und Oranienburg verantwortlich. „Oberstes Ziel politischer Arbeit“ muß, so Boldt in der holocaustleugnenden Schrift „Sleipnir“, die „Destabilisierung des Systems sein.“

Ideelle und finanzielle Unterstützung erfährt das „Studienzentrum“ u. a. aus den Reihen der 1993 ins Leben gerufenen „Hans Filbinger-Stiftung zur Förderung christlichen, vaterländischen und humanistischen Gedankengutes in Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Politik“. Ihr gehört auch ein Paul Schmidt-Carell an, ursprünglich Schmidt, der nach 1945 unter dem Pseudonym Paul Carell publizierte. Dieser war 1938 Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und leitete dort die täglichen Pressekongressen. Der SS-Obersturmbannführer Schmidt, ab 1940 Chef der Presse- und Nachrichtenabteilung, begrüßte im Mai 1944 die „laufenden und geplanten Judenaktionen in Ungarn“.

„Der vornehme Preuße“

Inwieweit der neue SZW-Chef Stetten künftig die Mitarbeit von Rechtsextremisten und Neonazis beim SZW unterbinden wird, bleibt abzuwarten. Er selbst gilt, so die „Stuttgarter Zeitung“ als „Rechtsaußen“. 1993 hielt Stetten die Laudatio anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde für den Halberstadter CDU-Altstadtrat Wilhelm Pfeifer. Proteste in der Öffentlichkeit sorgten dafür, daß der einstige SS-Mann Pfeifer und Mitarbeiter des NS-Reichsprotectors von Böhmen und Mähren, Karl Hermann Frank, sein Ehrenbürgerpatent an die Stadt zurückgeben mußte.

Einem politischen Neubeginn beim SZW, sollte er denn tatsächlich angestrebt sein, dürfte jedenfalls der Fähnrich d. R. Albrecht Jebens entgegenstehen, der seit 1982 als Geschäftsführer dem Studienzentrums vorsteht. Beiträge von Jebens finden sich in ultrarechten bis rechtsextremen Blättern wie „Criticon“, der „Schweizerzeit“, dem „Ostpreußenblatt“, „Zeitenwende“ und der Schriftenreihe „Junges Forum“, die im Verlag der rechtsextremen „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) erscheint. Darüberhinaus ist der Burschenschaftler Jebens, von der „Jungen Freiheit“ als „vornehmer Preuße“ gelobt, Mitglied des ehrenamtlichen Beirates der „Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH“, die zum Machtimperium des rechtsextremen Verlegers Diet-

mar Munier zählt. Munier ist, so der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz, eine der führenden Größen im Rechtsextremismus im nördlichen Deutschland.

Einen politischen Neuanfang erschweren dürften auch die Professoren Bossle und Hornung, Symbolfiguren im Grauzonengeflecht zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsradikalismus, die seit Jahren regelmäßig mit der Leitung von SZW-Kongressen beauftragt sind.

Bossle ist Autor der verfassungsfeindlichen Verlage Hohenrain und Berg, Referent bei der revisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI), beim „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) sowie Glaubensbruder des rechtsklerikalen Geheimbundes „Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem“. Hornung publiziert u. a. in der „Jungen Freiheit“ und beim „Hohenrain“-Verlag; auch er zählt zum einschlägigen Referentenkreis des VPM.

Die „Junge Freiheit“ urteilt nach dem Wechsel von Filbinger zu Stetten: „Ein Generationswechsel hat stattgefunden. Einen inhaltlichen Richtungswechsel scheint es mit dem neuen Präsidenten nicht zu geben.“

Anton Maegerle

HINWEIS

Guxhagen - Eine Ausstellung gegen das Vergessen, gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit präsentiert die Gedenkstätte Breitenau in Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung vom 29. Juni bis zum 7. September 1997.

Die Ausstellung - ein mobiles Mahnmalprojekt des in Leipzig lebenden Künstlers W.O.F. Agricola, der sich mit fotografischen Mitteln des Themenkomplexes annimmt - wurde vorher schon an mehreren Orten in den neuen Bundesländern gezeigt.

Die Schirmherrschaft hat der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, übernommen. Eingebettet ist das Projekt in eine Veranstaltungsreihe der Gedenkstätte Breitenau zu Stationen der NS-Herrschaft, die zeitgleich zur in Kassel gezeigten Documenta X stattfindet.

Ort: Auf dem historischen Dachboden der Gedenkstätte Breitenau, Brückenstraße 12, 34302 Guxhagen.

Info: Gedenkstätte Breitenau, Tel. 05665-3533, Fax. -1727.

ZWISCHENRUF

Hitler und die Musik

Mögen Juden Witze? Aber klar, Salcia Landmanns Witzsammlung ist ein Longseller; von Sigmund Freud stammt eine Theorie der Witze; legendär sind die jüdischen Geschichtenerzähler. Es gibt freilich Witze, bei denen nicht nur Juden das Lachen vergeht, etwa wann man in ihrer Gegenwart mit Adolf Hitler Späße treibt. Den Kontrabassisten der durch Israel tourenden Deutschen Oper Berlin dürfte es soeben Karriere und ein Stück seiner bürgerlichen Existenz gekostet haben, als er den Initiator des Holocaust zum Bürgen für seine Getränkerechnung erhob.

Man weiß nicht, was in dem Musiker vorging, der kein Neuling in der Begegnung mit Jüdischem war. Ob er eingefleischter Judenhasser war oder sich, vom Alkohol beflügelt, („nur“) jener neuen Form eines Antisemitismus nach Auschwitz bediente und seinen israelischen Gastgebern klarmachen wollte, sie sollten sich zur Begleichung seiner Schulden aus der Wiedergutmachung bedienen.

Kinder und Toren finden Nachsicht für ihre Taten, allenfalls noch jener trinkstarke Schauspieler, dem just am Tag nach dem Fall des Berliner Musikannten die Berliner Staatsanwaltschaft eventuelle Schuldunfähigkeit bescheinigte (wie schon vorher

seine quotengeilen TV-Produzenten). Juhnke hatte einen amerikanischen Hoteldiener beschimpft, als „dreckiger Nigger“ sei er dem Schicksal entgangen, „im Dritten Reich vergast“ zu werden. Wir Deutschen sind schnell dabei, nach kurzem Erschrecken über solche Täter, seien sie Bürgermeister in Korschenbroich, Oberkreisdirektor in Recklinghausen, Abgeordneter eines deutschen Parlaments, den Ausnahmecharakter derartiger Entgleisungen zu betonen, das „großartige Versöhnungswerk“ zwischen den Deutschen und den - planvoll ausgegrenzten - Juden zu beschwören, das doch ja keinen Schaden nehmen dürfe. Was ist das, das regelmäßig gut gebildete, von dumpfen Nazis wohlunterschiedene Menschen „ausrasten“ läßt, für die der Panzer eines gesellschaftlichen Zwangs offenbar nicht stark genug war, um den darunter verborgenen Antisemitismus im Zaum zu halten? Es sind vielfach die Älteren, die ausrasten, obwohl uns Demoskopien und Sozialforscher nachdrücklich versichern, sie seien in fünfzig Jahren Nachkriegszeit zu Philosemiten mutiert. Unerträglich die Vorstellung, stattdessen sei nur Wohlverhalten antrainiert worden, das nicht immer von innerer Einsicht getragen ist. Brauner Kern unter demokratischer Schale? Hat also der vielgescholtene Goldhagen doch recht, wenn er den Verlauf des Holocaust auf eine tiefverwurzelte, jahrhundertealte Judenfeindschaft zurückführt? Bis zum Ausbleiben pöbelnder Mattscheibenstars oder Witze reißen der Streicher wird man davon ausgehen müssen.

Klaus-Henning Rosen

Absage für Neuheiden-Spektakel

Hannover - Das Land Niedersachsen hat die 7. Hetendorfer Tagungswoche, die vom 14. bis 22. Juni d.J. stattfinden sollte, verboten. Als Ausrichter des Neonazi-Spektakels, für dessen interne Ausschreibungs- und Werbeflugschreiben der rechtsextremistische Anwalt Jürgen Rieger verantwortlich zeichnet, werden die „Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“, „Familienwerk e.V.“, „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“, „Heide-Heim e.V.“, „Nordischer Ring e.V.“ und „Northern League“ ge-

nannt. Wie ein Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums am 2. Juni in Hannover erklärte, begingen die Teilnehmer bei früheren Veranstaltungen im Hetendorfer Tagungszentrum unter dem Deckmantel antichristlicher, nordisch-germanischer Kulte und verquaster Rassenidologie Straftaten. Den Ermittlungen zufolge werde dort das NS-Regime verherrlicht, die Judenvernichtung geleugnet und Rassenhaß gefördert.

Als Referenten waren neben Rieger („Die skandalöse und verlogene Wehrmachtausstellung des Reemtsma“) u. a. vorgesehen: Helmut Schröcke, Harald Mannhard, Josef Wekerle, Gerhard Seifert, Wolfgang Fachmann, Klaus Weinschenk, Gertrud Herr, Wolfgang Juchem, Bernhard Wächter, Wielant Hopfner und Herbert Miele. Höhepunkte des Treffens sollten ein Liederabend mit Frank Renicke und eine Sonnenwendfeier sein.

Unglaubliche Brutalität

Sieber – Zwei Neonazis aus dem Umfeld des ehemaligen niedersächsischen FAP-Chefs Thorsten Heise (Northeim) haben einen Kameraden als vermeintlichen Verräter gefoltert und schwer verletzt. Der von der Kriminalpolizei Osterode als „Fall unglaublicher Brutalität“ bezeichnete Vorgang ereignete sich bereits in der Nacht vom 21./22. März nach einem Kameradschaftsabend in dem Südhazdorf Sieber und wurde durch die Anzeige der Mutter des 21jährigen Opfers aus Bovenden erst jetzt bekannt. Das Opfer konnte schwerverletzt fliehen, schleppte sich mehrere Kilometer zum nächsten Krankenhaus und mußte anschließend mehrere Wochen stationär in der Universitätsklinik Göttingen behandelt werden. Er erlitt u. a. einen Kieferbruch, einen Nasenbeinbruch und andere Kopfverletzungen. Als Täter konnten ein 19jähriger aus Moringen und ein 35jähriger aus Sieber ermittelt werden. Letzterer hat seine Wohnung, in der auch der Kameradschaftsabend stattfand, als eine Art NS-Kultstätte hergerichtet. Er stammt aus Berlin und kam nach der Wende in der DDR in den Harz. Beide mutmaßlichen Täter kommen aus dem Umfeld des militanten Neonazis Thor-

sten Heise. Beide waren bereits am Himmelfahrts-tag bei einem Aufmarsch von Neonazis in Northeim festgenommen worden. Die Teilnehmer hatten damals u. a. Nazilieder gesungen und konnten nach einer Personalienfeststellung und einer Ermahnung, die Singerei zu unterlassen, weiterziehen.

In der Tatnacht wurde das Opfer, das von der Polizei als „Mitläufer“ bezeichnet wird, nach der bei diesen Anlässen üblichen Sauferei geweckt und als „Verräter“ beschuldigt, was nach offiziellen Angaben nicht zutreffend sein soll. Um ein Geständnis zu erzwingen, wurde ihm eine Drahtbürste durch das Gesicht gezogen und wurden glühende Zigaretten auf seinem Körper ausgedrückt. Nach dem „Geständnis“ folgten als Bestrafung weitere Folterungen. So versuchten die Täter, ein Hakenkreuz mit Glassplittern in den Unterarm zu ritzen. Wenn auch der Vorgang sicher nur bedingt als „politische Tat“ eingestuft werden kann, so bleibt doch die Einschätzung bestehen, daß sie nur möglich war, da Polizei und sonstige Behörden in der Vergangenheit ein auffallend großes Maß an Milde besonders gegenüber Thorsten Heise selbst, aber auch gegenüber seinem Umfeld an den Tag gelegt haben. So gilt der Nachbarort Siebers, Scharzfeld, schon seit längerer Zeit als Treffpunkt des militanten Spektrums. Über Gegenmaßnahmen der Polizei oder auch nur jugendpflegerischer Art wurde nichts bekannt.

Andreas P. Zaleshoff

Autonome Propaganda

Lüdenscheid (Märkischer Kreis) – Die neonazistische Kleinstorganisation „Deutscher Jugend Bund“ (DJB) gibt in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Widerstand“. Die Zeitung der volkstreuen Deutschen“ eine neue Anschrift bekannt. Die Postanschrift des DJB wird von Werdohl (Märkischer Kreis), Holger Stenzel zeichnet hier verantwortlich, ins nahe Lüdenscheid verlegt. Werbung für den DJB findet vor allem im Lüdenscheider „Widerstand“ statt, der bereits im 3. Jahrgang erscheint und von den ehemaligen Kadern der verbotenen „Nationalistischen Front“, Harald Theodor Mehr (26) und Stefan Haase (28) gemacht wird. Die beiden Betreiber des „Donner-Verbandes“ wurden im vergangenen Jahr zu Bewährungsstrafen wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt. Anlaß des Verfahrens war der Vertrieb u. a. des Videobandes „Staatsfeind Nr. 1“ des inzwischen ver-

storbenen Revisionisten Thies Christophersen. Interview-Partner der sechsten Ausgabe des „Widerstand“ ist der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt (45). Voigt bietet dabei autonomen Kameradschaften eine Kooperation an. Diejenigen, die „daran arbeiten, sich als Systemalternative zu sehen und deren Grundlage ein nationalistisches Weltbild ist und ernsthaft daran arbeiten wollen, fordern wir zur Mitarbeit in der NPD auf“, so Voigt.

In der Vergangenheit fiel der DJB ausschließlich durch seine Propagandaarbeit auf. Die Funktion des DJB besteht darin, bundesweit „autonomen Kameradschaften“ - den neonazistischen Zellen - und Einzelpersonen Propagandamaterial zur Verfügung zu stellen. Die kanarienvogelgelben Aufkleber („Überfremdung stoppen“, „Deutschland den Deutschen“, „Kein Wahlrecht für Ausländer!“, „Widerstand jetzt“, „Statt Abtreibung in Deutschland, Kondome für die 3. Welt!“, „BRD' heißt das System - morgen wird es untergeh'n!“ und „Rudolf Hess – Märtyrer des Friedens!“) werden im gesamten Bundesgebiet verklebt.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF)-12. Jg., Nr. 20, 21, 22 u. 23/97

Alain de Benoist, Kopf der französischen Neuen Rechten sinniert über natürliche Ungleichheit und demokratische Gleichheit, wobei er den Gleichheitsgrundsatz innerhalb der unterschiedlichen kulturellen Gemeinschaften und regionalen Identitäten gelten läßt (20/97). Der Bericht über die Bundesdelegiertenversammlung des „Bundes Freier Bürger“ am 3./4. Mai in Berlin ist klare Hofberichterstattung; interessant der Hinweis, daß der „umstrittene Abgrenzungsbeschuß u. a. gegen die ‘Republikaner’“ kein Thema war. Man schwimmt ja wohl auch im selben Fahrwasser. Zur Forderung des Zentralrats der Sinti und Roma, ihre Sprache Romanes in die Charta für Minderheitensprachen aufzunehmen, weiß die JF zu berichten, daß Bund und Länder eine grundlegende Ablehnung nicht wagen würden. Die „Zigeunersprache“ erfülle zwar nicht die Anforderungen der Charta, aber man müsse sich vor der „linken Presse“ hüten. Zum JF-Dauer-Brenner „Wehrmachtsausstellung“ werden Quellen aufgetan, die Stalin als Verursacher der Greueltaten im Osten ausweisen; auf seinen Befehl hin hätten Spezialeinheiten der Roten Armee in deutschen Uniformen Häuser abgebrannt, um „Haß auf die Deutschen zu entfachen“ (20/97).

In der JF-Ausgabe 21/97 mahnt Kolumnist Heinrich Lummer MdB die ausschließliche Verwendung der Bezeichnung Deutschland statt Bundesrepublik an. Die Pfingsttreffen der Vertriebenenverbände lassen die JF wieder einmal das an den Deutschen begangene und niemals gesühnte und vergessene Unrecht thematisieren, was perfiderweise gar indirekt mit dem Schicksal von KZ-Häftlingen gleichgesetzt wird (21/97). Bernhard Knapstein, Vorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ gibt im JF-Interview kund, daß die „Wiedervereinigung mit Ostpreußen“ weiterhin das Ziel sei. Als störend empfindet es denn auch JF-Autor Alfred Theisen, daß rückkehrfreudige Vertriebene heute in ihrer alten Heimat mit einer fremden polnischen, russischen oder tschechischen Bevölkerung zusammenleben müßten. Immer noch nicht ausgesöhnt haben sich die Sudetendeutschen mit der deutsch-tschechischen Erklärung. Für Horst Übelacker, Vorsitzender des „Witikobundes“ gilt

nun, als Revanche zum Verrat der Union ein „Bündnis deutscher Patrioten“ zu schaffen. Geoutet wird von der JF die Grünen-Politikerin Annele Buntenbach ob ihres Engagements gegen rechts (21/97).

Die Wehrmachts-Deserteure sind nach JF-Leseart selbstredend keine Opfer des NS-Regimes; im Gegenteil: Diejenigen, die sich der Verteidigung der Heimat durch Flucht entzogen müßten eher als Schuldige gelten. Zudem hätten Überläufer durch „Geheimnisverrat“ den Tod von Kameraden verschuldet (22/97). JF-Interview-Partner Robert Spieler, Vorsitzender der rechtsextremen elsässischen Regionalpartei „Mouvement Régionaliste Alsace d'Abord“, ehemals „Front National“, bekräftigt den Widerstand gegen den geplanten Bau einer Moschee in Straßburg. Vergangenheitsbewältigung bedeutet für die JF ein „ins Ideologische übertriebenes Anliegen“, das zur „Leitdoktrin des Gemeinwesens“ erhoben wurde, entstanden sei mittlerweile eine „Bewältigungsindustrie“, die u. a. Bundespräsident Herzog fest im Griff hätte. Hochgezogen wird das Thema diesmal am Fall der zur Zeit in der Diskussion stehenden Umbenennung der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster (22/97).

Die deutsche Rechte im Aufbruch wähnt JF-Chefredakteur Dieter Stein, was aber leider immer noch fehle, sei die Integrationsfigur; kurzum der Hoffnungsträger (23/97). Als „Geschichtsklitte-rung“ bezeichnet wird die angeblich einseitige deutsche Vergangenheitsbewältigung. Die von anderer Seite an Deutschen begangenen Grausamkeiten würden stets verniedlicht und heruntergerechnet, auf der anderen Seite deutsche Kriegsverbrechen maßlos aufgebauscht, um die „Deutschen zu einem Nur-Tätervolk zu stilisieren“. Der neugewählte Präsident des Studienzentrums Weikersheim, der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Freiherr von Stetten beschreibt im JF-Interview seine Ideen zu einer künftigen Gestaltung der rechtslastigen Denkschmiede (vgl. S. 8). Durchaus positiv bewertet wird in einer Rezension das Machwerk des Rechtsextremisten Rolf-Josef Eibicht „Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten. Gesinnungsdiktatur in Deutschland“, daß im Hutten-Verlag, Viöl, erschienen ist; Stichworte: „Syndrom der Patriotenverfolgung“, „Pervertierung der Meinungsfreiheit“, „Medialer Gesinnungsterror“, „Repressalien gegen Revisionisten“ etc. Rein kosmetischer Korrektur scheint der abschließende Hinweis des JF-Autors zu dienen, politisch anderer Meinung zu sein (23/97).

Fotos von Emigranten/Eine Ausstellung in Bonn

Die Grimassen des Massenmörders

Das Foto zeigt vier Männer, mit Hut und Mantel, von hinten. Wer ihrem Blick folgt, sieht auf Ellis Island, die New York vorgelagerte Insel. Dort entscheiden Beamte der amerikanischen Einwanderungsbehörde über das Schicksal der Ankommenden. Entstanden ist dieses Foto 1930, und die Abgebildeten sind Menschen, die unter dem Eindruck der erstarkenden Nazi-Bewegung Deutschland verlassen haben. Der Fotograf, der diese Szene festhielt, ist seinen Protagonisten nicht gefolgt, sondern nach Europa zurückgekehrt. 1944 wird Dr. Erich Salomon in Auschwitz ermordet.

Dieses Foto, ein ergreifendes Sinnbild der Emigration, ist Bestandteil der Ausstellung „Und sie haben Deutschland verlassen müssen“, die dieser Tage im Rheinischen Landesmuseum in Bonn eröffnet wurde. Die Kunstwissenschaftler Klaus Honnef und Frank Weyers haben rund 400 Fotos von mehr als 140 Fotografinnen und Fotografen zusammengestellt, die Deutschland seit 1928 verlassen haben. Nach jahrelanger Forschungsarbeit gelang nach den Worten der Veranstalter weltweit die erste Ausstellung, die den Fotografen unter den künstlerisch aktiven Emigranten gewidmet ist. Sie soll als „Anstoß für weitere detaillierte Forschung“ wirken. Die Ausstellung wurde durch die Förderung der Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen ermöglicht. Bundespräsident Herzog hat die Schirmherrschaft übernommen.

Etliche der ausgestellten Fotografen wurden, als sie aus Deutschland flüchteten, zum zweiten Mal Emigranten. Sie waren aus anderen europäischen Ländern - wie etwa Ungarn - in die Weimarer Republik gekommen, wo sich das kulturelle Leben zunächst ungestüm entfalten konnte. Viele von ihnen konnten sich über Exil-Stationen in europäischen Ländern, die von Hitler überfallen wurden, in die Vereinigten Staaten retten, wo sie zum Teil Karriere machten. Einige flohen bis in den Fernen Osten; Eva Siao lebt und arbeitet heute noch in Peking. Andere konnten sich in Palästina eine neue Existenz schaffen. Die von ihnen geschaffenen Aufnahmen, die bis in unsere Zeit reichen, dokumentieren u. a. die Einwanderung und den Aufbau des Staates Israel.

Ein breiteres Spektrum bot sich den Foto-Künstlern an, die sich in die amerikanischen Metropolen retten konnten. Hier reichte das Spektrum - ebenso wie im Paris zur Zeit der Besetzung - von Mode-Aufnahmen über Landschaftsimpressionen bis zu sozialkritischen Momentaufnahmen. Zu sehen sind etwa die ersten Aufnahmen von Catherine Deneuve und Brigitte Bardot; Porträts, aufgenommen von Peter Basch in den fünfziger Jahren, die diese Schauspielerinnen berühmt machten. Ein anderer in New York lebender Emigrant, Erich Hartmann, fotografierte Anfang der 90er Jahre die Gedenkstätten Dachau, Auschwitz und Buchenwald. Ein besonders erschütterndes Dokument sind die Aufnahmen, die Fritz Cohn im April 1961 im Eichmann-Prozeß in Jerusalem machte: Sie konstatieren die Grimassen des Massenmörders mit der Erschütterung einer Holocaust-Überlebenden, die als Zeugin der Anklage auftrat.

Bilder der von den Nazis zerstörten Welt sind die Aufnahmen des Österreichers Edmund Egelman, der heute in New York lebt: Er hat das Domizil von Sigmund Freud aufgenommen und damit der Nachwelt erhalten. Ein anderer Fotograf, der sich in die USA retten konnte und 1966 in New York verstorben ist, Fritz Kahlenberg, hat Szenen aus dem Widerstand in den Niederlanden festgehalten. Die Ausstellung der Fotografen, die Deutschland verlassen mußten, widerspiegelt ein breites Spektrum von Ereignissen und Sichtweisen aus nahezu sieben Jahrzehnten. Das Verbindende liegt nicht in „Machart“ oder Motiv der Aufnahmen, sondern in dem Umstand, daß ihren Schöpfern durch die Nazis der Tod bestimmt war und sie sich, mit Hilfe mutiger anderer Menschen, retten konnten. Die Ausstellung, die bis zum 24. August zu sehen sein wird, lädt dazu ein, sich dieser Verfolgter, der Welt, der sie entronnen sind, und ihrer Werke in ihrer Vielfalt zu erinnern.

Rudolf Schwinn

HINWEIS

Bad Münstereifel – Schlichtweg „Rechtsextremismus in Deutschland“ lautet das Thema eines Bildungsurlaubsseminar, das die Kurt-Schumacher-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 16. bis 20. Juni in Bad Münstereifel anbietet.

Info: Kurt-Schumacher-Akademie, Willy-Brandt-Str. 19, 53902 Bad Münstereifel, Tel. 0 22 53/9 21 20, Fax. 0 22 53/8091.

Tagebuch

Inland

Bad Berleburg – In der neuesten Ausgabe (Nummer 12) des Neonazi-Blattes „Freie Stimme“, das quasi als Bundesorgan der „autonomen Kameradschaften“ fungiert, ist ein Interview mit dem inhaftierten NSDAP/AO-Kader Gary Lauck veröffentlicht. Offensichtlich größenwahnsinnig erklärt Lauck, daß seine Verhaftung und Verurteilung „für das Bonner Regime eine Art ‘Pearl Harbor’ werden“ würde. Veröffentlicht ist in der aktuellen Ausgabe der „Freien Stimme“ auch ein Brief des Alt-Nazis Erich Priebke an seinen Gesinnungskameraden Erhard Kemper (alias „Germanicus“), Ex-FAP-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen. Darin schreibt Priebke, der bis zu seiner Verhaftung im argentinischen Bariloche lebte: „Ich habe allen deutschen Botschaftern, die nach Bariloche kamen, die Hand gedrückt, habe deutsche Delegationen und deutsche Besucher empfangen und war auch vor den argentinischen Behörden der offizielle Vertreter der deutschen Landsmannschaft von Bariloche.“

Bielefeld – Der Landesverband der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA) berichtet von einem besonders dreisten Versuch der Anti-Antifa. So versteckt sich hinter der e-mail-Adresse „JewPress“ nicht die angeblich in Bielefeld ansässige Jewish Press Agency, sondern Claudia Wend, die stellvertretende Vorsitzende des „Arbeits- und Forschungskreises Walther Machalett für Vor- und Frühgeschichte“. Machalett war Mitglied des völkisch-antisemitischen „Armanen-Ordens“ und stand der „Guido von List-Gesellschaft“ nahe.

Hamburg – Per Anzeige wird in der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ für das Buch „Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten“ (Hutten-Verlag) des Rechtsextremisten Rolf-Josef Eibicht geworben. Einer der „namhaften“ Autoren ist der Neonazi Jürgen Rieger.

Köln - Das neurechte Periodikum „Europa Vorn“ aus dem Eigenverlag des Manfred Rouhs will am Wochenende vom 28. zum 29. Juni ein Pressefest feiern. Als Highlight wird u. a. ein Auftritt von Franz Schönhuber angepriesen, der über die Vorbildrolle des Franzosen Le Pen „für die deutschen

Patrioten“ sprechen wird. „Musik für's Vaterland“ spielt u. a. der sattsam bekannte Liedermacher Frank Rennicke. Eintrittskarten sind zum Preis von DM 35,- über die Zeitschrift „Europa Vorn“ erhältlich; bekanntgeben wird dann auch der bislang geheimgehaltene Veranstaltungsort, der im Großraum Bad Hersfeld angesiedelt ist.

Leipzig – Das weltweit größte „Wave Gotik Treffen“ feierten mehrere tausend überwiegend jugendliche Menschen an Pfingsten in Leipzig. Bei den über 50 Veranstaltungen traten auch Bands bzw. Einzelpersonen auf, die dem Rechtsextremismus nahestehen; so u. a. Kadmon (=Gerhard Petak, Österreich), Forthcoming Fire (Sänger und Kopf: Josef Klumb alias Jay Kay, Bundesrepublik) und Sol Invictus (England). Berichtet wurde über das Treffen auch von einem Pseudonymus namens „Gunnar Raspe“ in der „Jungen Freiheit“. Hinter dem Pseudonym soll sich, so szeneeinterne Informationen, der einstige JF-Redakteur Roland Bubik verstecken. Die JF versucht schon seit Jahren weitgehend vergeblich, das „Wave Gotik Treffen“ für sich zu vereinnahmen.

Mainz – In der aktuellen Ausgabe der von der „Hilfsorganisation für nationale Politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) herausgegebenen „Nachrichten der HNG“ findet sich die alljährliche „Schwarze Liste“ wieder. Zu den 26 säumigen Beitragszahlern gehören Oliver Werner (22), das ehemalige Mitglied der „Deutschen Alternative (DA) Volker Müller (33) und Sascha Genaro Chaves-Ramos (24), ehemaliger Funktionär der DA und der „Deutschen Nationalisten“ um Michael Petri (24). Oliver Werner gehörte der „Nationalen Alternative“ und den „Sozialrevolutionären Nationalisten“ an, ehe er mit dem kurzlebigen „Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten“ auf sich aufmerksam zu machen versuchte. Er wurde in der Vergangenheit von der HNG betreut und befand sich bereits 1995 auf der „Schwarzen Liste“ der HNG.

Meiningen – Das Landgericht in der thüringischen Kreisstadt Meiningen verurteilte den Neonazi Thomas Dienel (35) wegen Verleumdung zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe. Das Landgericht bestätigte als Berufungsinstanz mit seinem Spruch im wesentlichen ein Urteil des Amtsgerichts Meiningen vom November 1996. Dienel hatte Justizvollzugsbeamte bezichtigt, ihn sexuell belästigt zu haben. Eine anlässlich des Prozesses geplante Demonstration der „Deutsch Na-

tionalen Partei“ wurde vom Landratsamt Schmalkalden-Meiningen verboten. Die Staatsanwaltschaft Erfurt hatte bei Dienel ein Fotokopiergerät und eine Schreibmaschine beschlagnahmt. Nachdem die technischen Geräte von der Staatsanwaltschaft freigegeben wurden, händigte Dienel diese an die neonazistische „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V.“ (HNG), so die aktuelle Ausgabe der „HNG-Nachrichten“, aus. Der mehrfach vorbestrafte Dienel hatte im Frühjahr des vergangenen Jahres Geld- und Sachspenden des HNG-Mitgliedes Roland Sommer entgegengenommen, aber nicht wie verabredet an die HNG-Vorsitzende Ursel Müller (63) weiterschickt. Daraufhin wurden von Seiten der HNG juristische Schritte gegen Dienel eingeleitet, die den gewünschten Erfolg zeigten (vgl. BNR 21/96). Nach der Geldspende in Höhe von DM 600,00 gelangten nun auch die elektronischen Geräte in die Hände der braunen Knasthilfe. Dienel war infolge der Veruntreuung im vergangenen Sommer auch aus dem „Aktionskomitee Rudolf Heß 1996“ ausgeschlossen worden.

Nürnberg – Antisemitisch und verschwörungstheoretisch geprägt ist ein vorgeblich „christlicher Informationsdienst“ mit dem Namen „Glaubensnachrichten“, der bereits im 24. Jahrgang erscheint. Zur Strafbarkeit der Holocaustleugnung ist in der April-Ausgabe zu lesen: „Eine Kuriosität der Weltgeschichte! Ich bin beileibe kein Anhänger nazistischer Ideen, aber daß man mit fünf Jahren Gefängnis bestraft wird, wenn man etwas nicht glauben will, erinnert ganz an die mittelalterliche Inquisition der Daumenschrauben und Streckbänke.“ Herausgeber und Autor des kostenlos verschickten Blättchens ist Norbert Homuth (Nürnberg). Der selbsternannte Straßenprediger und einstige Leserbriefschreiber in der zwischenzeitlich eingestellten Hetzschrift „Die Bauernschaft“ wurde im August 1995 vom Amtsgericht Fürth zu einer viermonatigen Haftstrafe mit Bewährung und einem Bußgeld in Höhe von 1 000 Mark als Bewährungsaufgabe verurteilt. In der September-Ausgabe 1994 hatte Homuth in seiner vierseitigen Publikation einen Artikel mit dem Titel „Warum die Juden den Antisemitismus selbst verursachen“ veröffentlicht, der ihm Strafanträge von mehreren jüdischen Gemeinden der Bundesrepublik eintrug.

Neustadt – Neu auf den Markt gekommen aus Neustadt ist das neonationalsozialistisch geprägte Skingirlmagazin „Victory“, „ein kopierter Rundbrief an Freunde und andere namentlich bekannte

Personen.“ Die Leser/innen des Blattes werden u. a. über Observationsmethoden der Polizei und über die „Bedeutung“ von Runen informiert; enthalten sind – wie auch in jedem anderen Fanzines – Berichte und Interviews mit Skin-Bands. Veröffentlicht ist auch ein Interview mit „Mimi“, einer 27jährigen Renee aus der schweizerischen Hammerskin-Szene.

Schönhagen – Für den 21. Juni hat die rechtsgerichtete Sekte „Bund für Gotterkenntnis“ (Ludendorffer) in ihrem Mitteilungsorgan zu einer Sonnenwendfeier im schleswig-holsteinischen Schönhagen bei Westensee (Kreis Rendsburg-Eckernförde) eingeladen. Dort besitzt die BfG auch ein Schulungszentrum. Bereits in der Vergangenheit hat es dort solche Feiern gegeben.

Schriesheim (Rhein-Neckar-Kreis) – Seine Kandidatur für die Bürgermeisterwahl in Schriesheim nahe Heidelberg hat der vorbestrafte NPD-Funktionär Günter Deckert (57) in Aussicht gestellt. Nun will der Schriesheimer Hauptamtschef prüfen, ob der straffällige einstige NPD-Bundesvorsitzende am 30. November überhaupt wählbar ist. Die Anfang Mai in Kraft getretene Neuregelung des Kommunalwahlgesetzes von Baden-Württemberg sieht entsprechend Paragraph 46 vor, daß Beamte, die durch ein Disziplinarverfahren oder aufgrund einer außergewöhnlich hohen Freiheitsstrafe aus dem Dienst entfernt wurden, nicht mehr wählbar sein sollen. Der heutige NPD-Vize war am 9. November 1988 nach langjährigen juristischen Auseinandersetzungen rechtskräftig aus dem Schuldienst entlassen worden. Deckert kandidierte in der Vergangenheit, zum Teil aus der Haft heraus, in zahlreichen Städten und Gemeinden Baden-Württembergs, insbesondere in der Rhein-Neckar-Region.

Silberthal/Thüringen – Am 21. Juni soll in Zwickau eine „Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten Deutschland“ (PHE) gegründet werden. Dies hatten Mitglieder des Gründungsausschusses während ihrer Klausurtagung, die im April in Silberthal stattfand, beschlossen. Die neue Partei will sich auf die Erfahrungen des „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) stützen.

Stade – Am Samstag, 7. Juni, haben sich in der Stader Stadthalle Rechtsradikale aus den Kreisen Stade, Rotenburg, Cuxhaven und Verden sowie aus Bremen und Schleswig-Holstein getroffen. Pierre

Adresse:

Krebs, Mitbegründer und Leiter des Kasseler „Thule-Seminars“, sprach als Referent zum Thema „Im Kampf um das Wesen“. Für die Veranstaltung wurde bundesweit über das rechtsextremistische Computer-Netzwerk „Thule-Netz“ geworben. Veranstalter ist die „Wählergemeinschaft Bündnis Rechte“, die kurz vor den niedersächsischen Kommunalwahlen 1996 von NPDlern, „Republikanern“ und Parteilosen gegründet wurde. Prominentester Kandidat war Nikolaus Marx, Professor an der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Marx tritt – zusammen mit seinem Parteifreund Heinz König (REP) – für ein „Bündnis für Deutschland“ ein.

Starnberg/Bayern – Ein Verein mit dem Namen „Unser Land – Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland“ suchte unlängst per „Anzeige“ in dem Blättchen „Frieden 2000“ einen ehrenamtlichen Geschäftsführer für seine Arbeit. Vorsitzender des Vereins ist der rechtsextreme Sammlungsprophet Alfred Mechtersheimer. Als Stellvertreter stehen ihm Kenneth Lewan, Autor in den „Jungen Freiheit“ und in „Nation + Europa“ sowie Hannes Kaschkat, Mitglied der Burschenschaft „Arminia Berlin, Normannia Heidelberg“ und Autor in der holocaustleugnenden Vierteljahreszeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, zur Seite. Postalisch ist der Verein „Unser Land“ über die Postfachadresse des sogenannten „Friedenskomitees 2000“ von Mechtersheimer kontaktierbar.

Ausland

Frankreich (Paris) – Einen entlarvenden Wahlkampftag leistete sich der Führer des Front National, Le Pen, als er seinen grölenden Anhängern auf der letzten Veranstaltung vor den Wahlen im Mai den Kopf der sozialistischen Bürgermeisterin von Straßburg und neuen Kulturministerin und Regierungssprecherin Catherine Trautmann in

Pappmache präsentierte. Bei der ersten Runde der französischen Nationalratswahlen am 25. Mai erzielte der rechtsextreme „Front National“ insgesamt ein Ergebnis von 15,06 Prozent (= 3.782.427 Wählerstimmen; 1993: 12,42 Prozent). Spitzenergebnisse von über 30 Prozent holten die FN-Kandidaten dabei im Süden (Marseille: 30,89 %, Susini u. 31,23 %, Gros; Marignane: 34,45 %, Mégret; Toulon: 32,40 %, Le Chevallier u. 30,05 %, Lunardelli) sowie in Dreux (31,41 %, France Stirbois). FN-Ergebnisse zwischen 25 und 30 Prozent wurden noch in folgenden Departments erzielt: Bouches-du-Rhone (28,18 %, 25,06 %); Var (26,37 %, 26,78 %, 26,61 %); Alpes-Maritimes (25,89 %, 25,29 %, 27,63 %); Nord (25,90 %, 25,15 %); Rhone (26,10 %, 28,65 %); Vaucluse (25,84 %, 28,79 %); Gard (25,47 %, 25,45 %); Herault (25,20 %); Oise (25,36 %, 25,28 %); Bas-Rhin (25,24 %); Haut-Rhin (26,81 %); Yvelynes (28,48 %) und Pyrénées-Orientales (26,80 %).

Mit 134 Kandidaten trat der „Front National“ zum zweiten Wahlgang am 1. Juni an. Ein Mandaterringen konnte lediglich der FN-Kandidat und Bürgermeister von Toulon, Jean-Marie Le Chevallier, der mit 53,17 % der Stimmen die Stichwahl gewann. Die besten Ergebnisse bei diesem zweiten Wahlgang erzielten die FN-Kandidaten wiederum im Süden: Lunardelli, Toulon, 47,32 %; Gros, Marseille 42,38 %; Claire, Marseille, 40,94 %; Mégret, Marignane, 45,89 % sowie im Department Nord (Deresnes, Maubeuge, 40,04 %; erster Wahlgang 25,90 %).

(Quelle: Le Figaro vom 27. Mai und 3. Juni 1997)

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz:
Vorwärts Verlag GmbH, Berlin; Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten